

Pressemitteilung „Mein Körper gehört mir – Ich entscheide!“

Download Resolution: PM Abtreibung(2)

Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V.

Erklärung zu den jüngsten Aussagen des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und seinen MinisterInnen zur gesetzlichen Beschränkung des Rechts auf Abtreibung

„Mein Körper gehört mir – Ich entscheide!“

Keine Politik mit dem Körper der Frau! Für die Selbstbestimmung der Frau!

Migrantinnenverband solidarisiert sich mit den protestierenden Frauenorganisationen in der Türkei

Die türkische AKP-Regierung um den Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan bleibt ihrem undemokratischen Kurs treu und agiert weiterhin als vollstreckender Henker der Frauenrechte. In seinen jüngsten Erklärungen prangerte Erdoğan Abtreibungen als „Mord“ an und forderte deren Verbot, da sie u.a. das Wachstum der türkischen Bevölkerung massiv gefährde, so Erdoğan. Ebenso stellt er sich gegen die Geburt per Kaiserschnitt, da er ein hohes Schwangerschaftsrisiko stelle, d.h. eine weitere Schwangerschaft der Frau gefährde!

Bereits vor ca. zwei Jahren erklärte derselbe Ministerpräsident, dass er von jeder Frau mindestens drei Kinder erwarte. Kurze Zeit später korrigierte er den staatlichen Kinderwunsch auf fünf Kinder hoch. Auch damals

begründete er sein Vorhaben mit dem Bestreben, das Wachstum der türkischen Bevölkerung zu sichern. Seine jüngste Konzentration zum und Beschäftigung mit dem Thema Abtreibung offenbart ein weiteres Mal das streng konservative und rückschrittliche Frauenbild des Ministerpräsidenten und der AKP-Regierung. Die Gleichsetzung der Abtreibung mit „Mord“ ist haarsträubend und kriminalisiert Frauen, die sich aus unterschiedlichen Gründen für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden bzw. entscheiden müssen!

Doch davon wollen die führenden AKP-Minister nichts wissen. Familienministerin Fatma Sahin und Gesundheitsminister Recep Akdag stellten sich bereits öffentlich hinter ihrem Präsidenten und verteidigten dessen Vorhaben, Abtreibungen zukünftig nur noch bis zur 4. Schwangerschaftswoche und nur in besonderen Fällen (z.B. bei lebensbedrohlicher Situation für die Frau) zuzulassen. Aktuell ist die Abtreibung bis zur 10. Schwangerschaftswoche in der Türkei legal.

Während die Familienministerin kritisierte, dass Abtreibungen mittlerweile zu einer gängigen Familienplanung geworden sind, spitzte der Gesundheitsminister die widerspenstigen Positionen völlig ins Groteske. Akdag erklärte öffentlich, dass Frauen, die aufgrund einer Vergewaltigung ungewollt schwanger werden, keinen triftigen Grund zur Abtreibung haben. „Um unerwünschte Kinder wird sich der Staat kümmern“, so Akdag!

Wir Frauen im Bundesverband der Migrantinnen beobachten mit großer Sorge die laufenden Diskussionen um Schwangerschaft und Abtreibung und verurteilen aufs Schärfste die politische Unmoral und Geschmacklosigkeit des türkischen Ministerpräsidenten Erdogans sowie dessen Familien- und Gesundheitsminister Sahin bzw. Akdag. Mit dem aktuellen Vorstoß zur gesetzlichen Beschränkung der Abtreibung reiht sich ein weiterer Akt in die frauenverachtende Politik der AKP-Regierung.

Mit der als „4+4+4“ bezeichneten Bildungsreform stellte Erdogan einen Freifahrtsschein für Kinderarbeit und Kinderheirat aus! Seit der Regierungsübernahme durch die AKP sind Fälle von Gewalt gegen Frauen um 1.400 Prozent gestiegen! Allein im Jahre 2011 starben in der Türkei insgesamt 232 Frauen an den Folgen von Gewalt! Täglich wird mindestens eine Frau vergewaltigt.

Im November 2011 rechtfertigte ein türkisches Gericht die systematische Gruppenvergewaltigung an einer 13-Jährigen in der Stadt Mardin (Schande-Urteil) Ein weiterer Justizskandal folgte Ende April 2012 in der Stadt Fethiye. Acht wegen Gruppenvergewaltigung und Folter verdächtige Männer wurden durch das Gericht „aus Mangel an Beweisen“ freigesprochen“ (Fethiye-Urteil).

Eine Regierung, die Kinderheirat legalisiert, den geistigen und politischen Nährboden für Gewalt gegen Frauen legt, Täter schützt und Opfer bestraft, das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper nicht anerkennt und gar verletzt, sowie Politik mit dem Körper der Frau betreibt, darf sich nicht wundern, den Protest der Frauen gegen sich zu haben!

Wir Frauen im Bundesverband der Migrantinnen solidarisieren uns mit den Frauenorganisationen in der Türkei, die in diesen Tagen für ihre Menschenwürde und für ihre Selbstbestimmung kämpfen. Denn: „Mein Körper gehört mir – Ich entscheide“.

Frankfurt/Main, 03.06.2012